

N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Cloppenburg
am 02.10.2008, um 16:00 Uhr, im Zimmer 0.101 des Kreishauses
Cloppenburg**

Anwesend:

I. Mitglieder

1. Kreistagsabgeordneter Ludger Niehaus, Peheim, als Vorsitzender
2. Kreistagsabgeordneter Bernhard Möller, Friesoythe
3. Kreistagsabgeordnete Christa Huster-Klatte, Klein Roscharden
4. Kreistagsabgeordneter Heinrich Schwarte, Liener (bis TOP 6)
5. Kreistagsabgeordneter Wilhelm Tellmann, Sedelsberg (bis TOP 6)
6. Kreistagsabgeordnete Julia Wienken, Schmertheim
7. Kreistagsabgeordneter Günter Graf, Friesoythe (bis TOP 6)
8. Kreistagsabgeordneter Stefan Riesenbeck, Cloppenburg,
für Kreistagsabgeordneten Aloys Niemann, Benstrup
9. Kreistagsabgeordneter Johannes Loots, Barßelermoor (bis TOP 6)
10. Kreistagsabgeordneter Peter Friedhoff, Huckelrieden
11. Kreistagsabgeordnete Gudrun Lüdders, Cloppenburg

Es fehlte entschuldigt:

1. Kreistagsabgeordnete Ursula Meyer, Emstek
2. Kreistagsabgeordneter Aloys Niemann, Benstrup

II. Beratende Mitglieder:

Anwesend:

1. Josef Wolking – Landes-Caritasverband –
2. Hans-Jürgen Lehmann- Paritätischer Cloppenburg –
3. Hans-Jürgen Hoffmann – Diakonisches Werk

Es fehlte entschuldigt:

1. Brigitte Siebum – Arbeiterwohlfahrt –
2. Rainer Feldhaus – Deutsches Rotes Kreuz -

III. Von der Verwaltung:

1. Landrat Hans Eveslage (bis TOP 5)
2. Erster Kreisrat Frische
3. Medizinaldirektorin Dr. Blömer
4. Facharzt Heinke
5. Gleichstellungsbeauftragte Dr. Neumann
6. Richterin Bratke
7. Kreisoberamtsrätin Schröder
8. Kreisamtsrat Potthast (Protokollführer)

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 6. März 2008
4. Zuschussantrag des St.-Marien-Hospitals gGmbH Friesoythe zur Umsetzung von Brandschutzmaßnahmen
5. Zuschussantrag des Heimatvereins der Deutschen aus Russland e.V.
6. Bericht über den derzeitigen Ergebnisstand zur Erstellung eines regionalen Psychiatriekonzeptes für den Landkreis Cloppenburg
7. Nachtragshaushalt 2008 – Bereich Soziales
8. Mitteilungen
9. Einwohnerfragestunde

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Kreistagsabgeordneter Niehaus, eröffnete um 16:00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzender Niehaus begrüßte als Gäste Frau Brinkmann und Herrn Dr. Stephan von der Beratungsgesellschaft „Medical Consulting“.

2. Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Niehaus schlug vor, den Zuschussantrag des Caritas – Sozialwerkes für das Projekt Energiesparservice von der Tagesordnung zu nehmen, da noch Erörterungsbedarf in den Fraktionen bestehe.

Die geänderte Tagesordnung wurde von den Ausschussmitgliedern angenommen.

3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 6. März 2008

Die Niederschrift über die Sitzung am 6. März 2008 wurde bei einer Enthaltung angenommen.

4. Zuschussantrag des St.-Marien-Hospitals gGmbH Friesoythe zur Umsetzung von Brandschutzmaßnahmen

Herr Kreistagsabgeordneter Möller erklärte sich für befangen und nahm nicht an der Beratung und Beschlussfassung dieses Tagesordnungspunktes teil.

Kreisoberamtsrätin Schröder trug den Sachverhalt entsprechend **Vorlagen-Nr. Soz-08-06** vor.

Kreistagsabgeordneter Graf merkte an, dass die Forderungen zur Verbesserung des Brandschutzes seit dem Jahre 2005 vorlägen. Zwischenzeitlich hätte es – so seine Ansicht - durchaus gefährliche Situationen geben können.

Vorsitzender Niehaus verwies auf die bisher geübte Praxis, bauliche Investitionen der Krankenhäuser mit maximal 30 % zu bezuschussen.

Kreistagsabgeordnete Huster-Klatte schlug vor, dem Krankenhaus St.-Marien-Hospital Friesoythe einen Zuschuss für Brandschutzmaßnahmen inklusive Löschwasserversorgung in Höhe von maximal 288.000 Euro zu gewähren. Des Weiteren vertrat sie die Auffassung, dass die Fördermittel zweckgebunden sein sollten und ausschließlich für die genannten Maßnahmen in Abstimmung mit dem Brandschutzprüfer verwendet werden dürften.

Kreistagsabgeordnete Lüders fragte, wie die Brandschutzmaßnahmen der anderen Krankenhäuser zu beurteilen wären und ob es dazu Zahlen und Fakten gebe.

Erster Kreisrat Frische erinnerte daran, dass den Krankenhäusern in Cloppenburg, Emstek und Lönigen in den vergangenen Jahren Kreiszuschüsse für Brandschutzmaßnahmen bewilligt wurden. Weitere Forderungen seien zurzeit nicht bekannt. Hinsichtlich der Verzögerung bei der Umsetzung der geforderten Maßnahmen, verwies Erster Kreisrat Frische darauf, dass es durchaus sinnvoll sei, zunächst die Einbindung in die Landesförderung anzustreben.

Landrat Eveslage erläuterte, dass das Thema Brandschutz häufig bei den Schulen diskutiert werde. Dort werde der Brandschutz in der Regel bei Neu- oder Umbauen auf den neuesten Stand gebracht. Auch bei den Krankenhäusern sein es sinnvoll Sanierungs- oder Umbauarbeiten mit Brandschutzmaßnahmen zu verbinden. Ferner sei das Friesoyther Krankenhaus in den vergangenen Jahren finanziell überfordert gewesen.

Auf die Frage des Kreistagsabgeordneten Graf erwiderte Landrat Eveslage, dass eine Beteiligung der Stadt Friesoythe nicht in Betracht komme. Dies sei eine Aufgabe des Landkreises. Hinsichtlich der Löschwasserversorgung ergänzte Landrat Eveslage, dass dies den Bereich innerhalb des Gebäudes betreffe.

Kreistagsabgeordneter Loots war ebenfalls der Auffassung, dass die Umsetzung der Brandschutzmaßnahmen notwendig und überfällig sei. Er stimme der Bewilligung daher zu.

Vorsitzender Niehaus stellte den Antrag der Kreistagsabgeordneten Huster-Klatte zur Abstimmung.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag zu empfehlen, dem Krankenhaus St.-Marien-Hospital Friesoythe einen Zuschuss für Brandschutzmaßnahmen inklusive Löschwasserversorgung in Höhe von maximal 288.000 Euro zu gewähren. Die zweckgebundenen Fördermittel sind ausschließlich für die bezeichneten Maßnahmen in Abstimmung mit dem Brandschutzprüfer zu verwenden.

5. Zuschussantrag des Heimatvereins der Deutschen aus Russland e.V.

Kreistagsabgeordneter Möller nahm wieder an der Sitzung teil.

Kreisoberamtsrätin Schröder trug den Sachverhalt entsprechend **Vorlagen-Nr. Soz-08-04** vor.

Vorsitzender Niehaus wies einleitend darauf hin, dass dem Heimatverein seit 3 Jahren von der Gemeinde Molbergen und vom Landkreis Zuschüsse bewilligt würden.

Kreistagsabgeordneter Tellmann erläuterte, dass der Antrag in der CDU-Fraktion erörtert worden sei. Es handele sich um eine moderate Erhöhung des Zuschusses um 500 €. Der Verein leiste sinnvolle und erforderliche Arbeit. Daher schlage er vor, dem Antrag zu entsprechen.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck merkte zur Prognoseberechnung des Heimatvereines an, dass trotz des Kreiszuschusses noch ein ungedecktes Defizit bestehe. Er bat um Auskunft, wie sich der Verein die Finanzierung vorstelle.

Kreisoberamtsrätin Schröder erläuterte, dass der Heimatverein beabsichtige, weitere Zuschüsse oder Projektförderungen von anderen Stellen zu erhalten. Andernfalls müsse die Beschäftigung der Honorarkräfte eingeschränkt oder das Angebot reduziert werden. Am Jahresende dürfe sich in der Abrechnung kein wesentliches Defizit ergeben.

Vorsitzender Niehaus räumte ein, dass dies kein solider Finanzplan sei. Kreisoberamtsrätin Schröder ergänzte, dass der Verein es bislang geschafft habe, mit dem vorhandenen Geld auszukommen.

Auf Frage des Kreistagsabgeordneter Loots meinte Kreisoberamtsrätin Schröder, dass es schwierig sei, die „Erfolge“ des Heimatvereins zu bewerten. Der Heimatverein würde in seinem Jahresbericht eine umfassende Statistik vorlegen.

Herr Niehaus schlug vor, dass der Heimatverein in einer der nächsten Sitzungen über seine Arbeit und die Ergebnisse berichte.

Kreistagsabgeordneter Graf stellte zur Diskussion, dass der Zuzug von Spätaussiedler drastisch zurückgegangen sei und nach einem langjährigen Aufenthalt eine Beratungsstelle entbehrlich sein müsse.

Landrat Eveslage entgegnete, dass der Heimatverein eine wichtige Aufgabe erfülle. Der Zuschuss sei in der Vergangenheit notwendig und sinnvoll gewesen und dies gelte auch in den nächsten drei Jahren. Des Weiteren meinte er, dass

der Heimatverein keine überhöhten Forderungen stelle. Hinsichtlich des verbleibenden Restdefizits müsse evtl. über eine Erhöhung nachgedacht werden.

Kreistagsabgeordnete Lüdders war der Auffassung, dass die Erhöhung des Zuschussbetrages akzeptiert werden könne. Sie warf aber die grundsätzliche Frage auf, ob eine Unterstützung bei Behördengängen oder Sprachproblemen noch erforderlich sei. Nach einem langjährigen Aufenthalt sollten ausreichende Deutschkenntnisse vorhanden sein. Es stelle sich die Frage, ob die Integration durch die Beratungsstelle nicht hinausgezögert werde. Abschließend meinte sie, dass auch andere Gruppen eine vergleichbare Beratung und Unterstützung benötigten.

Landrat Eveslage stellte fest, dass aufgrund der hohen Zahl der Aussiedler und der vielschichtigen Probleme die vom Heimatverein angebotene Hilfe erforderlich sei.

Vorsitzender Niehaus stellte den Antrag des Kreistagsabgeordneten Tellmann zur Abstimmung.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag zu empfehlen, dem Heimatverein der Deutschen aus Russland e.V. einen Zuschuss in Höhe von bis zum 7.500 € zu gewähren.

6. Bericht über den derzeitigen Ergebnisstand zur Erstellung eines regionalen Psychiatriekonzeptes für den Landkreis Cloppenburg

Vorsitzender Niehaus begrüßte einleitend Frau Brinkmann und Herrn Dr. Stephan von der Beratungsgesellschaft „Medical Consulting“.

Medizinaldirektorin Dr. Blömer trug den Sachverhalt entsprechend **Vorlagen-Nr. Soz-08-03** vor.

Vorsitzender Niehaus erteilte Frau Brinkmann und Herrn Dr. Stephan das Wort, um das von der Beratungsgesellschaft erstellte Gutachten zur psychiatrischen Versorgungssituation im Landkreis Cloppenburg vorzustellen.

Frau Brinkmann erläuterte anhand einer Powerpointpräsentation die Einzelheiten des Gutachtens (siehe Anlage, Zusammenfassung). Für die Untersuchung seien alle relevanten Daten der Krankenhäuser in Cloppenburg, Friesoythe und Lönningen sowie der Karl-Jaspers-Klinik in Bad Zwischenahn und des Christlichen Krankenhauses in Quakenbrück ausgewertet worden.

Dr. Stephan betonte, dass der Bedarf für eine vollstationäre psychiatrische Einrichtung im Landkreis Cloppenburg gegeben sei. Die statistische Versorgungsnotwendigkeit weise einen Bedarf von rd. 97 Planbetten aus. Allerdings gebe es im Landkreis Cloppenburg weniger psychisch erkrankte Menschen, als nach den Statistikvorgaben zu erwarten seien.

Dr. Stephan fasste die konzeptionellen Überlegungen wie folgt zusammen:
- Im Landkreis Cloppenburg bestehe ein Bedarf von ca. 87 bis 97 Betten in vollstationären Einrichtungen.

- Eine wohnortnahe Versorgung sei im Interesse der Patienten erforderlich.
- Der Landkreis müsse sich nunmehr für die zu erwartenden Diskussionen positionieren.
- Eine vollstationäre Einrichtung mit 20 Betten sei unwirtschaftlich, es müssten mindestens 50 – 60 oder mehr Betten sein.
- Die Auswirkungen auf andere Krankenhäuser müssten bedacht werden.
- Das Land beteilige sich derzeit nicht den Kosten.
- Als erste Maßnahme biete sich eine Tagesklinik an, angegliedert an das St. Josefs - Hospital in Cloppenburg und unter der Regie der Karl-Jaspers-Klinik.

Vorsitzender Niehaus dankte den Referenten für die umfassende Vorstellung des Gutachtens.

Kreistagsabgeordnete Lüdders fragte, ob es einen Anstieg der psychischen Erkrankungen gebe und welche Schwerpunkte bestünden.

Dr. Stephan erläuterte, dass in der Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie bei Suchterkrankungen eine Zunahme zu verzeichnen sei.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck stellte fest, dass sich wegen des Gemeindepsychiatrischen Zentrums (GPZ) für den Bereich der Stadt Cloppenburg ein verzerrtes Bild ergebe. Außerdem könne er sich kaum eine Konstruktion vorstellen, nach der das St. Josefs – Hospital als Mitglied im Verbund der Corantis-Kliniken sich unter die Regie der Karl-Jaspers-Klinik stelle.

Kreistagsabgeordneter Graf bezweifelte, dass nach den vielen Zahlen der Mensch, der Patient im Vordergrund stehe.

Dr. Stephan stellte die Frage in den Raum, ob die Bürger im Landkreis Cloppenburg besser oder schlechter versorgt seien als in anderen Landkreisen. Er verwies hierzu darauf, dass 21 von 44 Landkreisen in Niedersachsen keine psychiatrischen Betten vorhielten. Er empfahl, sich dem Problem zunächst von den statistischen Daten her zu nähern. Die Gesundheitsvorsorge müsse aber auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gesehen werden. Vorgegeben sei, dass die Versorgungsstruktur ausreichend sein müsse, was zurzeit nicht zutreffe. Die Schaffung einer Tagesklinik sei ein Zwischenschritt, so Dr. Stephan weiter. Eine vollstationäre Einrichtung komme derzeit aus wirtschaftlichen Gründen nicht in Betracht, u.a. weil andere Standorte nachteilig betroffen wären.

Vorsitzender Niehaus erteilte Facharzt Heinke das Wort.

Facharzt Heinke verwies einleitend auf das Positionspapier des Arbeitskreises der Chefärztinnen und Chefärzte der Kliniken für Psychiatrie und Psychotherapie an Allgemeinkrankenhäusern in Deutschland (ACKPA 2008) anhand dessen er das Psychiatriegutachten und die Situation im Landkreis Cloppenburg bewertete.

Die grundsätzliche Problematik bestehe darin, dass, mit der Neuregelung der Vergütung der Krankenhausbehandlung in der Körpermedizin ein Trend zur Spezialisierung und zur überregionalen Zentrenbildung eingeleitet worden sei. Diese allgemeine Entwicklung in der Krankenhauslandschaft sei gegenläufig zum fachlich gebotenen Ausbau der gemeindenahen psychiatrisch- psychotherapeutischen Kliniken an Allgemeinkrankenhäusern, die sich an einer „beziehungsorientierten Arbeit“ orientiere.

Gefordert werde im Positionspapier eine überschaubare und verbindliche Begrenzung des Versorgungsgebietes und eine unkomplizierte Erreichbarkeit der Einrichtungen. Mit zunehmender Entfernung zwischen Wohn- und Behandlungsort sei eine kritische Abnahme der stationären und teilstationären Behandlungsraten zu verzeichnen. Entsprechend sei andererseits zu erwarten, dass mit der Entfernung der Klinik vom Wohnort eines Patienten sich dessen Verweildauer im Krankenhaus erhöhe. Die vorgenannten Erwartung spiegeln sich im Gutachten für den Landkreis Cloppenburg weitgehend wider, so Facharzt Heinke.

Der Vergleich von statistisch zu erwartenden mit tatsächlichen Zahlen zeige, dass in den erfassten Kliniken lediglich 65 % der Pflage tage anfallen und 70 % der Fälle behandelt würden. Die Zahl noch weiter entfernt Behandler werde vermutlich eher gering sein und würde zudem auch nicht der grundsätzlichen Bewertung widersprechen.

Somit sei zu folgern, dass ein Teil der psychiatrisch Erkrankten im Landkreis Cloppenburg nicht angemessen psychiatrisch versorgt werde, Ursache seien die gemeindefernen Behandlungsmöglichkeiten.

Eine signifikante Verlängerung stationärer Aufenthalte ließe sich zwar nicht feststellen, dies könne aber dadurch mit erklärt werden, dass offensichtlich viele Patienten aus stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe stammten und nach Kriseninterventionen schneller in stabile Lebensverhältnisse zurückkehren könnten. „Hochburgen“ für die Behandlungen schizophrener Erkrankter in der Karl-Jaspers-Klinik seien beispielsweise Cloppenburg (GPZ) und Lastrup (Elisabeth-Stift) sowie für Abhängigkeitserkrankungen Essen (Leo-Stift).

Facharzt Heinke führte weiter aus, dass durch die Gemeindeferne der Bezug des Patienten zum gewohnten Lebensumfeld leicht verloren gehe und ein notwendiger flexibler Wechsel zwischen ambulanter, tagesklinischer und stationärer Therapie erschwert werde. Hierdurch sei zudem eine Behandlung auf möglichst hohem fachlichen Niveau bei möglichst großer personaler Kontinuität nicht umsetzbar.

Ein Wechsel zwischen unterschiedlichen Behandlungsformen finde bis auf wenige Ausnahmen quasi nicht statt. Neben den erheblichen Ortswechseln und unzumutbar weiten Entfernungen wären zudem meist Einrichtungswechsel notwendig (z. B. Tageskliniken in Westerstede und Quakenbrück). Dies führe zu Folgeproblemen: Viele konkrete Fälle des Sozialpsychiatrischen Dienstes zeigten, dass sich die stationäre Behandlungsdauer verlängere oder unter einem zunehmenden Entlassungsdruck durch Kostendruck der Krankenkassen noch akut behandlungsbedürftige Menschen in unangemessene Einrichtungen kämen (z. B. stationäre Eingliederungshilfe) mit der Folge einer weiteren Hospitalisierung. Die Zusammenarbeit im vom Sozialpsychiatrischen Dienst koordinierten Hilfesystem sei hierdurch erheblich erschwert und aufwendig.

Eine bedarfsgerechte Vernetzung der psychiatrischen Klinik mit den Einrichtungen und Diensten im gemeindepsychiatrischen Verbund würde nach dem Positionspapier nur dort möglich sein, so Facharzt Heinke weiter, wo eine gute Erreichbarkeit gewährleistet sei. Als fachlich vertretbare Anreisezeit zum Behandlungsort, auch in ländlichen Regionen, würden maximal 30 Minuten und eine Entfernung von höchstens 30 km angenommen.

Die Entfernung zu psychiatrischen Kliniken betrage bis zu 80 km (z.B. Cloppenburg- Wehnen: 50 km) und bis weit über eine Stunde Fahrtzeit. Die Mobilität Betroffener und Angehöriger sei zudem oft eingeschränkt, die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel sei kompliziert und teuer.

Die Nutzung anderer Kliniken bringe nur wenig Vorteile und sei zudem oft schwierig, da für den Bereich der psychiatrisch- stationären Behandlung sektorierte Versorgung und eine daraus ableitbare Aufnahmeverpflichtung nur in der Karl- Jaspers- Klinik bestehe, nur dort gebe es eine gesicherte Aufnahme in Krisensituationen. Teilstationäre Angebote seien faktisch kaum nutzbar, hier gelte eine maximale Entfernung von 20 km.

Unter Hinweis auf das Gutachten wies Facharzt Heinke darauf hin, dass knapp über die Hälfte (23/ 21) der Landkreise eine eigene psychiatrische Versorgung habe. Dabei stehe der Landkreis Cloppenburg bezüglich der Einwohnerzahl an der 6. Stelle, bzgl. der Flächenausdehnung an der 2. Stelle der Landkreise ohne landkreisinterne psychiatrische Versorgung.

Des Weiteren ging Facharzt Heinke auf den Begriff der „Entstigmatisierung“ ein. Die zu beobachtende Unterbringung psychisch kranker Bürgerinnen und Bürger in abgeschlossenen und geografisch abgelegenen „Heil- und Pflegeanstalten“ trage erheblich zu ihrer Stigmatisierung bei. In dem Maße, wie psychisch Kranke unter dem "gleichen Dach" wie körperlich Kranke behandelt würden, nähmen die Mitbürger wahr, dass es sich nicht um Sonderlinge handele, sondern vielmehr um behandlungsbedürftige kranke Personen, deren Therapie im zuständigen Allgemeinkrankenhaus erfolge.

Der ungerechtfertigte „schlechte Ruf“ der Karl-Jaspers-Klinik sei historisch gewachsen und sicher allgemein bekannt (zeige sich in Aussagen wie: „der war in Wehnen/ Ofen“). Er trage zu einem verstärkten Widerstand der Betroffenen bis hin zur Nichtbehandlung erheblicher Störungen bzw. - nur falls ausreichende Fähigkeiten und Möglichkeiten bestehen - zu einem Ausweichen auf andere (oft nicht heimatnähere!) Einrichtungen bei. Hierzu verwies Facharzt Heinke auf den hohen Anteil „affektiver Störungen“ im Christlichen Krankenhaus Quakenbrück. Außerdem führe dies zu einer heimatfernen „Ballung“ besonders schwieriger chronischer Patienten, die ohnehin schon eine erhebliche Chronifizierung aufweisen.

Facharzt Heinke schloss seine Ausführungen mit folgender fachlichen Bewertung: Das jetzt vorliegende Gutachten habe die schon früher bestehende Einschätzung bestätigt, dass für den Landkreis Cloppenburg die Notwendigkeit einer im Landkreis einzurichtenden „kompletten“ psychiatrischen Klinik oder Abteilung bestehe (stationär, Tagesklinik und Ambulanz). Dies würde zu einer erheblich verbesserten Versorgung der Bürgerinnen und Bürger des Landkreises führen und sich in das schon bestehende Hilfesystem einfügen.

Erster Kreisrat Frische erläuterte, dass das Gutachten zunächst in dieser Sitzung vorgestellt werden solle. Es würde noch ausreichend Gelegenheit geben, über die Details des Gutachtens zu diskutieren. Das Gutachten mit seiner fachlichen Empfehlung sei eine gute Grundlage für die nun folgenden Gespräche mit den betroffenen Kliniken. Die Frage sei jetzt, wie gehe man in der Zukunft vor. Dabei müsse auch die Situation bedacht werden, dass es auf der einen Seite gelte, die

Bürger bestmöglichst zu versorgen und auf der anderen Seite der Landkreis die Interessen der Karl-Jaspers-Klinik zu beachten habe.

Erster Kreisrat Frische begrüßte die Empfehlung, eine Tagesklinik in den Landkreis Cloppenburg zu holen, zumal dies auch dem Konzept der Karl-Jaspers-Klinik entspreche. Die ersten Gespräche mit den Kliniken würden bald stattfinden. Dem Land lägen derzeit eine Vielzahl von Anträge vor, aber noch sei nichts genehmigt. Das Land fordere, dass sich zunächst die Akteure vor Ort einigten.

Eine vollstationäre Einrichtung, so Erster Kreisrat Frische weiter, sei nur im Einvernehmen mit der Karl-Jaspers-Klinik und erst in einigen Jahren denkbar. Wichtig sei die Feststellung des Gutachtens, dass im Landkreis Cloppenburg eine stationäre Unterversorgung bestehe. Es sei daher z.B. nicht sinnvoll, die Bettenzahl im Christlichen Krankenhaus Quakenbrück zu erhöhen. Zunächst müsse die Tagesklinik etabliert werden. Darüber hinaus werde die Schaffung einer vollstationären Einrichtung im Landkreis Cloppenburg angestrebt.

Abschließend bat Erster Kreisrat Frische die weiteren Gespräche mit den anderen Akteuren abzuwarten.

Kreistagsabgeordnete Lüders bat um Auskunft, ob eine Tagesklinik sich auf bestimmte Fachbereiche spezialisieren könne, z.B. auf die Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Facharzt Heinke bestätigte diese Möglichkeit und führte aus, dass es in diesem Bereich eine große Lücke gebe.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck meinte, dass die Entfernung der Nordkreismunicipalitäten zur Karl-Jaspers-Klinik sowie im südlichen Kreisgebiet zum Christlichen Krankenhaus Quakenbrück zu bedenken sei.

Beratendes Mitglied Wolking betonte, dass eine wohnortnahe Versorgung erforderlich sei. Im Landkreis Osnabrück sei im Vergleich eine Regionalisierung der Versorgung an den umliegenden Allgemeinkrankenhäusern in der Vergangenheit bereits realisiert worden. Allein Wehnen habe gemauert und sei als Großkrankenhaus bestehen geblieben.

Vorsitzender Niehaus schloss die Aussprache mit einem Dank an Frau Brinkmann und Herrn Dr. Stephan für die Ausführungen zum Gutachten und verwies darauf, dass nunmehr die Gespräche mit den betroffenen Kliniken beginnen könnten.

7. Nachtragshaushalt 2008 – Bereich Soziales

Kreisoberamtsrätin Schröder verwies auf die mit der Einladung zur Sitzung vorgelegten Auszüge aus dem Entwurf zum Nachtragshaushalt 2008 (Seiten V4 bis V7). Zusammenfassend berichtete sie, dass der Sozialetat des Nachtrages eine Besserstellung von rd. 400.000 € ausweise.

Vorsitzender Niehaus stellte fest, dass der Entwurf zum Sozialetat zustimmend zur Kenntnis genommen worden sei.

8. Mitteilungen

Erstellung einer Mietenanalyse

Bezug: Sitzung des Sozialausschusses am 06.03.08 / Vorlagen-Nr. Soz-08-02

Kreisoberamtsrätin Schröder erläuterte mit Bezug auf die Sitzung des Sozialausschusses am 06.03.2008, dass der Landkreis eine Analyse zu den Mieten erstellen müsse. Hintergrund sei, dass die Richtwerte für die Angemessenheit der Unterkunftskosten beim ALG II und in der Sozialhilfe gerichtsfest ermittelt werden müssten.

Aufgrund einer Entscheidung des Bundessozialrichters vom 18.06.08 – und weil ein qualifizierter Mietspiegel kostenaufwendiger ist – habe sich die Verwaltung gegen einen formellen Mietspiegel entschieden. Es werde nunmehr eine Mietenanalyse erstellt, die aber dennoch den juristischen Anforderungen entspreche.

Mittlerweile sei das Ausschreibungsverfahren abgeschlossen und die Auftragsvergabe an das Marktforschungsinstitut GEWOS aus Hamburg erfolgt. Die Kosten würden sich auf rd. 40.000 € belaufen. Hinzu kämen Kosten bei der KDO für Datenabgleiche.

Die Mietenanalyse solle im Zeitraum von Okt. 08 bis März 09 durchgeführt werden.

Einige Verzögerungen habe es gegeben, weil zunächst noch das Urteil des BSG abgewartet wurde und der Datenschutzbeauftragte einige Frage mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz klären musste.

9. Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Um 17.55 Uhr schloss der Vorsitzende die Sitzung.

Vorsitzender

Erster Kreisrat

Protokollführer